



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

91. Ratssitzung vom 3. April 2024

3049. 2023/151

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 22.03.2023:
Nichtbudgetierung von nicht besetzten Stellen im Folgejahr**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1584/2023):
Jedes Jahr gibt es bei der Budgetdebatte die Korrektur, dass nicht alle Stellen besetzt werden konnten. In der Rechnung 2022 waren das über sieben Millionen Franken. Wir wissen, dass es auch im nächsten Jahr so sein wird. In den letzten neun Jahren war der Stadtrat nicht dazu fähig, für Planungssicherheit zu sorgen. Er präsentiert jedes Jahr Differenzen zwischen dem Budget und dem Rechnungsstand in der Höhe von hunderten Millionen Franken. Er schafft es nicht, seine Buchführung sauber zu gestalten und mit genauen Zahlen zu operieren, weil er will, dass es keine Steuersenkungen gibt. Wenn man sagt, dass es grosse Fehlbeträge in der Rechnung gebe, ist das ein Totschlagargument, um Steuersenkungen abzuweisen. Das ist unsauber. Für eine saubere Rechnung ist der erste Schritt, dass man nicht besetzte Stellen im Folgejahr nicht mehr budgetiert. Denn man weiss genau, dass es nicht gelingen wird, diese Stellen zu besetzen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat und die einzelnen Dienstabteilungen und Departemente tragen nicht aufs Geratewohl Stellen ein. Es sind Stellen, bei denen wir grundsätzlich den Eindruck haben, dass es gut wäre, wenn sie besetzt werden können. Wenn man sie nicht besetzen kann, wird das zu einem Problem, beispielsweise bei der Pflege oder ich denke an die Diskussion, die wir über die nicht besetzten Stellen in der Schullandschaft geführt hatten. Stellen Sie sich vor, dass in einer Klasse, die mit einem Vikariat geschaffen wurde, im Folgejahr keine Lehrkraft kommen wird, weil die SVP wollte, dass wir die Stelle nicht budgetieren, weil wir sie im letzten Jahr nicht regulär besetzen konnten.*

Weitere Wortmeldungen:

***Johann Widmer (SVP):** Wenn man die Stellen nicht besetzen kann, beispielsweise für die Mittagsbetreuung in der Tagesschule, dann muss vielleicht das Konzept überdacht*



werden. Vielleicht sind die Tagesschulen nicht so genial, wenn niemand in der Mittagsbetreuung arbeiten will. Wahrscheinlich gibt es viele weitere Beispiele. Der Fachkräftemangel ist ein alter Zopf. Wenn es attraktive Stellen wären und man die Leute finden könnte, dann wären sie besetzt. Offensichtlich litt im letzten Jahr niemand daran, dass die Stadt einen Service nicht anbieten konnte. Diese Stellen braucht es nicht, sie sind unsichtbar, sie sind zu viel. Hört auf, solche Stellen ins Budget stellen.

Pärparim Avdili (FDP): STR Daniel Leupi erklärte technisch und auch politisch, weshalb diese Stellen nicht gestrichen werden können. Wir können die Gestaltung diskutieren. Es gibt die Möglichkeit eines pauschalen Abzugs für nicht besetzte Stellen, wie es die FDP jährlich bei der Budgetberatung beantragt. Die Vergangenheit zeigte, dass die FDP mit diesen Anträgen recht hatte. Das ist auch in der Rechnung 2023 der Fall mit einem Pauschalabzug in der Höhe von 50 Millionen Franken. Dann bräuchte es auch kein solches Postulat, weil das nicht budgetiert wurde. Es sind versteckte Kosten, mit denen man argumentieren kann, dass die Steuern nicht gesenkt werden sollen. Die FDP wird den Vorstoss unterstützen. Die konkrete Umsetzung liegt in der Freiheit des Stadtrates. Fakt ist, dass die unbesetzten Stellen Jahr für Jahr Realität sind, das Budget unnötig aufblähen und vor allem als Argument dienen, die Steuern nicht zu senken.

Selina Frey (GLP): Die GLP unterstützt das Anliegen, dass die Stadtverwaltung effizient aufgestellt sein soll. Allerdings spielt es für uns eine Rolle, wie man das Thema angeht. Wir unterstützten das Postulat GR Nr. 2022/682, mit dem die Automatisierung von Routinefällen durch künstliche Intelligenz angegangen werden soll. Das ergibt für uns speziell im Rahmen von nicht besetzten Stellen Sinn. Wir sehen es nicht so, dass Stellen, die noch nicht besetzt werden konnten, generell nicht mehr budgetiert werden sollen. Denn dann wäre bereits bei der Projektierung etwas falsch und man müsste früher ansetzen.

Samuel Balsiger (SVP): STR Daniel Leupi meinte, dass man den weinenden, nach ihrem Lehrer fragenden Schulkindern mitteilen müsse, dass die böse SVP schuld daran sei, dass die Stellen nicht besetzt seien, wenn der Vorstoss der SVP eine Mehrheit finde. Die Realität ist aber, dass diese Stellen seit Jahren unbesetzt sind. Das Versagen, dass der Stadtrat der SVP in die Schuhe schieben will, ist sein eigenes Versagen. Er schafft es nicht, diese Stellen zu besetzen. Wenn unbesetzte Stellen ein Skandal sind und den Kindern schaden, warum haben Sie jedes Jahr ein so grosses Ausmass an unbesetzten Stellen? Schauen Sie in den Spiegel und räumen Sie auf.

Michael Schmid (AL): Mit Vergnügen stelle ich fest, dass die SVP hier einen Antrag stellt, 70 bis 90 Polizeistellen seien zu streichen. Das ist die Zahl der jährlich unbesetzten Polizeistellen. Ich freue mich auf euren Antrag in der Budgetdebatte. Vielleicht können wir uns auf den Kompromiss der AL einigen, die aktuelle Stellenzahl beizubehalten.

Christian Traber (Die Mitte): Es ist unbestritten, dass im Moment Hunderte von Stellen unbesetzt sind. Wir haben das Stellenwachstum der letzten Jahre stets kritisch hinterfragt. Der Vorstoss will, dass nicht besetzte Stellen im Folgejahr nicht mehr budgetiert



3 / 3

werden können. Das ist so für uns nicht umsetzbar. Es macht Sinn, im Budget eine pauschale Kürzung aufzunehmen, wie das Pärparim Avdili (FDP) vorschlägt. Denn es sind nicht die gleichen Stellen, die im nächsten Jahr unbesetzt sind. Mit dem Vorstoss würden im Folgejahr zufällige Stellen eingespart.

Florian Utz (SP): *Selbstverständlich lehnt die SP den Vorstoss ab. Ein Grund ist, dass Stellenreduktionen in verschiedenen Bereichen sehr schwierig sind. Eine Streichung von unbesetzten Stellen hat keine guten Konsequenzen. Im Moment sind dutzende Polizeistellen nicht besetzt. Wir sind der Meinung, dass diese Stellen, die der Gemeinderat bewilligt hat, besetzt werden sollen, wenn das geeignete Personal gefunden wird. Zum andern setzt der Vorstoss Fehlanreize. Wenn die Dienstabteilungen wissen, dass unbesetzte Stellen dauerhaft gestrichen werden, führt das dazu, dass diese Stellen per Ende Jahr rasch besetzt werden, auch wenn nicht das ideale Personal gefunden wurde. Das gilt es zu vermeiden. Der Vorstoss hat zu viele Schwächen, weshalb wir ihn ablehnen.*

Das Postulat wird mit 34 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat